



Gewerkschaft der Polizei Landesbezirk Rheinland-Pfalz

Nr. 13 - Mainz, den 25.5.2012

Polizeiliegenschaft Schifferstadt :

Schließung ist beschlossene Sache. Wie geht es weiter?

In den Sitzungen des geschäftsführenden Landesvorstandes (22.05.2012) und des Bezirksgruppenvorstandes Bepo (15.05.2012) bewertete die GdP erneut die aktuellen Entwicklungen / Situationen der Schließung der Polizeiliegenschaft in Schifferstadt aus verschiedenen Perspektiven:

1.

In der Landtagsdebatte vom 3. Mai 2012 wurde mit Stimmenmehrheit der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen der Antrag der CDU-Fraktion zur **Einsetzung einer Expertenkommission** für eine neutrale Bewertung der ministeriellen Entscheidung zur Schließung der Polizeiliegenschaft Schifferstadt abgelehnt. Damit ist nach Einschätzung der GdP vorerst die parlamentarische Behandlung dieser Ressortentscheidung von Innenminister Roger Lewentz (SPD) abgeschlossen.

Eine **sicherheitspolitische Analyse unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten und Berücksichtigung möglicher Auswirkungen** hatte die Bezirksgruppe BePo in einer Resolution auf ihrer im Februar 2012 stattgefundenen Konferenz bereits beschlossen und bei der Landesregierung schriftlich eingefordert. Die veröffentlichte Resolution der Bezirksgruppe BP (wir berichteten) wurde der Landesregierung schriftlich zugeleitet.

Das ISIM hat, nach uns ganz aktuell vorliegenden Informationen, die bestehenden Nutzungsverträge bei der „Landestochter LBB“ bereits am 10. Mai 2012 gekündigt. Die Polizeiabteilung hat in mehreren Gesprächen gegenüber der GdP immer wieder betont, dass dies aus vertragsrechtlichen Gründen notwendig sei, um den Standort bis spätestens Mitte 2013 aufzugeben.

Erwartete Einspareffekte betreffen dann lediglich den Polizeihaushalt. Die GdP sieht hierin nach wie vor nur eine haushaltspolitische Kosmetik, da die „Landestochter“ LBB sicherlich große Mühe haben wird, dieses Objekt einer sinnvollen weiteren Nutzung zuzuführen um dadurch „finanzielle Pluspunkte“ für den

Landeshaushalt zu sammeln. Die GdP wird diese Entwicklungen aufmerksam beobachten.

2.

Ende Januar 2012 bat GdP-Landesvorsitzender Ernst Scharbach um ein **Gespräch mit Herrn Ministerpräsidenten Kurt Beck (SPD)**. Auf Einladung von MP Kurt Beck findet dieser Gesprächstermin nun am 6. Juni 2012 statt.

Bei diesem Termin mit dem Ministerpräsidenten, möchten wir unser Versprechen einlösen und die über **14.000 Unterschriften von Bürgerinnen und Bürgern gegen die Schließung des Standortes Schifferstadt** übergeben. Natürlich werden wir auch die Gelegenheit nutzen, nochmals die gewerkschaftlichen Sichtweisen zur Schließung der Polizeiliegenschaft aufzuzeigen.

Die Staatskanzlei hatte sich bemüht, kurzfristig zumindest ein Gespräch zwischen GdP und Frau Staatssekretärin Heike Raab (SPD) am 25. April 2012 zu arrangieren. Dieses Gespräch kam nicht zustande.

3.

Mit der Standortschließung sind natürlich nun auch die damit verbundenen **Personalmaßnahmen aller betroffener Kolleginnen/Kollegen** und der **Umzug der 13. BP-Hundertschaft nach Enkenbach-Alsenborn** konkret zu planen, zu entscheiden und dann umzusetzen. Laut ISIM ist auch beabsichtigt, entscheidungsreife Vorschläge für die im Standort Schifferstadt befindliche **Bekleidungslieferstelle** vorzubereiten und termingerecht zu präsentieren.

FAZIT:

Die Schließung der Polizeiliegenschaft Schifferstadt **ist beschlossene Sache...!**

Mahnungen aus der **Bevölkerung**, der **regionalen Politik**, der **parlamentarischen Opposition** und der **GdP** sind leider unberücksichtigt geblieben!

Spareffekte werden erwartet.

Eine politische Entscheidung steht - **mit den Auswirkungen wird die Bevölkerung und die Polizei in Zukunft umgehen und leben müssen!** Die GdP wird diese Prozesse aufmerksam und intensiv im Interesse der Kolleginnen- und Kollegenschaft begleiten.